

Seit Zulassung der 100%ig im ausländischen Eigentum befindlichen Unternehmen ist ihr Anteil stetig gestiegen. Im Jahre 1991 gab es dagegen erst 27,5% Unternehmen mit 100%igem ausländischen Kapitalanteil. (SCMP, 13.7.97)

Nach Einschätzung von ausländischen Unternehmensberatern ist die Frage, ob ein chinesischer Partner benötigt wird, vor allem von den Erfahrungen im Markt abhängig. So könnten Unternehmen, die es gelernt haben, mit der chinesischen Bürokratie umzugehen, und Anbieter sowie Kunden gefunden haben, einen Alleingang als die bessere Alternative betrachten. Oftmals werden dabei allerdings die Erfahrungen über ein erstes Gemeinschaftsunternehmen gewonnen, das dann durch Übernahme der Kapitalanteile des chinesischen Partners in ein Unternehmen mit 100%igem Eigentum umgewandelt wird, oder das Auslandsunternehmen gründet ein völlig neues Unternehmen. Als negative Erfahrungen mit den chinesischen Partnern gelten die oft sehr zeitraubenden und unproduktiven Auseinandersetzungen über Managementfragen.

Allerdings untersagen chinesische Bestimmungen in vielen Fällen die Gründung eines Unternehmens mit 100%igem Kapitalanteil in bestimmten Industriesektoren. Beispielsweise sind solche Unternehmen nicht im Kraftfahrzeugsektor oder im Bergbau erlaubt. Außerdem bestehen strenge Auflagen für die Unternehmen mit 100%igem ausländischem Kapitalanteil, da diese den Zielen der Regierung nach vor allem exportorientiert und in der Entwicklung von High-Tech-Industrien engagiert sein sollen. Allerdings könnte mit einer Aufweichung dieser Bestimmungen bei einem WTO-Beitritt Chinas gerechnet werden.

In einem Bericht der *South China Morning Post* vom 13.7.97 werden zwei durchaus repräsentative Beispiele ausländischer Unternehmen vorgestellt, die den Alleingang erfolgreich gewagt haben:

Das koreanische Unternehmen Jinwoong, Hersteller von Zelten und Rücksäcken, ging mit einer Produktionsstätte im Jahre 1989 nach China (SWZ Xiamen), um von dort aus Drittmärkte zu beliefern. Ein chinesischer Partner war dafür vom Unternehmen nicht als nötig angesehen, der Inlandsmarkt war nicht das Vermarktungsziel. Alle Vorprodukte wur-

den eingeführt, die Endprodukte exportiert. Im Vordergrund stand die Notwendigkeit, schnelle Entscheidungen in Kontakt mit den im Ausland befindlichen Niederlassungen und Verkaufszentralen des Mutterunternehmens treffen zu können. Für langwierige Auseinandersetzungen mit einem chinesischen Partner blieb dabei keine Zeit.

Ein anderes Beispiel ist der multinationale Nahrungsmittelkonzern United Biscuits (UB), die 1989 in Shekou, Guangdong, eine Bäckerei mit Anfangsinvestitionen in Höhe von 10 Mio. US\$ aufbauten. Da weder die Verkehrsinfrastruktur noch andere öffentliche Einrichtungen bestanden, mußte das Unternehmen auch diese als Rahmenbedingung für die Produktion bereitstellen. UB sah die Notwendigkeit, mit einem chinesischen Partner zusammenzuarbeiten, und gründete ein Gemeinschaftsunternehmen mit 45% Anteilen der Hongkong Advanced Chemicals und Hai Wan Village Enterprise Co. Allerdings war die Zusammenarbeit nicht von Dauer, denn als die notwendige Infrastruktur fertig war, kaufte UB die Anteile seines größten Partners auf; Hai Wan Village Enterprise Co blieb Partner, allerdings ohne Managementbeteiligung. Hintergrund für den Entschluß zum (fast) Alleingang des Unternehmens waren nach UB-Aussagen die unterschiedlichen Ziele der Partner. Während UB das Engagement als strategischen Markteintritt mit langfristigen Investitionsengagement betrachtete, verfolgte der Hongkonger Partner kurzfristige Ziele. Aus dieser Erfahrung hat UB im Anschluß die nächsten zwei Unternehmen vollständig im Alleingang gegründet.

Auch für deutsche Investoren stellt inzwischen die Gründung von Unternehmen mit 100%igem Kapitalanteil eine immer öfter gewählter Alternative zu Gemeinschaftsunternehmen dar. (Siehe hierzu den Beitrag in dieser Ausgabe von *China aktuell* von Voss: „Der Stand der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen Mitte der neunziger Jahre“) -schü-

Binnenwirtschaft

19 Wirtschaftsentwicklung im 1. Halbjahr 1997

Das Staatliche Statistikamt hebt in seinem Bericht zur Entwicklung der Wirtschaft im 1. Halbjahr das anhaltend hohe Wachstum bei einer nur geringen Teuerungsrate hervor. Trotz dieses Erfolgs sei die Wirtschaft weiterhin mit einer Reihe von Strukturproblemen konfrontiert. Nicht wenige Unternehmen machten immer noch Verluste, und in manchen Regionen habe sich die Zahl der Arbeitslosen erhöht. Das Statistikamt fordert vor diesem Hintergrund, die Anstrengungen bei der Reform der staatseigenen Industrie zu verstärken und die Effizienz zu erhöhen.

Wirtschaftswachstum:

In den ersten sechs Monaten d.J. erhöhte sich das Bruttoinlandprodukt (BIP) gegenüber der Vorjahresperiode um real 9,5%; wertmäßig lag der BIP bei 3.318 Mrd. Yuan. Aufgeteilt nach den drei Hauptsektoren der Wirtschaft entfiel auf die Landwirtschaft eine Wachstumsrate von rd. 5%, auf Industrie und Bauwirtschaft 11,1% und auf den Tertiärsektor 9,3%.

Das Wachstumstempo fiel in den Provinzen sehr unterschiedlich aus. In den Küstenprovinzen konnten erneut hohe Wachstumsraten erzielt werden; die stärkste Zuwachsrate konnte die SWZ Shenzhen mit 16,5% verbuchen. Aber auch in den Inlandsprovinzen waren hohe Wachstumsraten des BIP zu verzeichnen, so z.B. in Shanxi mit 9% oder in Anhui mit 12%.

Landwirtschaft:

Das Statistikamt berichtet von einer guten Sommergetreideernte, die ein geschätztes Volumen von 124 Mio. t bzw. eine Zunahme um 10,75 Mio. t erreicht haben soll.

Industrie:

Die industrielle Wertschöpfung der Unternehmen ab der Gemeindeebene betrug in den ersten sechs Monaten 984,9 Mrd. Yuan. Gegenüber der Vorjahresperiode stellt dies eine reale Zunahme um 11,6% dar. Aufgeteilt nach Eigentumsformen erreichte die staats-eigene Industrie eine Zuwachsrate von

5,5%, die kollektiveigenen Industriebetriebe von 12,5% und Unternehmen mit sonstigen Eigentumsformen von 15,1%.

Nach Angaben des Statistikamtes gibt es in der Industrie Anzeichen einer umfassenden Belebung, und die Unternehmen hätten in den ersten fünf Monaten d.J. eine Steigerung der Gewinne um 35,8% gegenüber der Vorjahresperiode auf 43,3 Mrd. Yuan aufzuweisen. Die Staatsindustrie habe seit April ihre Verluste reduzieren und insgesamt Gewinne von rd. 6 Mrd. Yuan realisieren können. Allerdings seien dies lediglich die ersten Schritte einer langfristigen Belebung, und nicht wenige Staatsunternehmen würden nach wie vor hohe Verluste machen.

Die Provinzen verzeichneten wiederum ein sehr unterschiedliches industrielles Wachstum. So lagen die Provinzen Guangdong und Jiangsu mit einer Wachstumsrate des Industrieoutputs von 15,6% und 15,1% in den ersten fünf Monaten d.J. an erster Stelle, während beispielsweise die Inlandsprowinz Shanxi eine Zunahme von lediglich 6,8% (Januar bis Juni) aufweist.

Anlageinvestitionen:

Mit einem Wert von 741,7 Mrd. Yuan fiel die Zunahme der Anlageinvestitionen um 13,5% gegenüber dem 1. Halbjahr 1996 um 5,1% geringer aus.

Einzelhandel/Preisentwicklung:

Das Einzelhandelsvolumen erreichte einen Wert von 1.300 Mrd. Yuan; auf Verkäufe von Investitionsgütern entfiel ein Wert von 1.690 Mrd. Yuan. Gegenüber der Vorjahresperiode stieg damit der Wert um real 12,1%. Mit 12,8% belief sich der Anstieg der Einzelhandelsverkäufe in den städtischen Gebieten um nur geringfügig höher als in den ländlichen Gebieten (11%). Ding Junfa, Sprecher des Ministeriums für Binnenhandel, wies auf einige Probleme im Handel hin, zu denen insbesondere unverkaufte Warenlager sowie Marktverzerrungen zählten. Über die Höhe der unverkauften Warenlager bestehen unterschiedliche Angaben. So gibt Ding Junfa diese mit rd. 3.000 Mrd. Yuan an, während Ye Zhen vom Statistikamt Berichten in der chinesischen Tageszeitung *China Daily* widerspricht, die von unverkauften Warenlagern im Werte von 360 Mrd. US\$ ausgehen. Ye Zhen zufolge beliefen sich die Warenlager lediglich auf 68 Mrd. US\$. (AWSJ, 23.7.97)

Der Einzelhandelspreisindex erhöhte sich im 1. Halbjahr um 1,8%. Mit 4,1% verzeichnete der Verbraucherpreisindex einen höheren Anstieg. Größere Teuerungsraten gab es jedoch in den ersten sechs Monaten d.J. bei Mieten (+14,63%) und anderen Leistungen öffentlicher Versorgungsunternehmen. In Shanghai beispielsweise wurden die Preise für Trinkwasser um durchschnittlich 16,64% und von Erdgas um 33,63% erhöht. (SCMP, 15.7.97)

Als Ursachen der jedoch insgesamt geringen Teuerungsrate im 1. Halbjahr gelten einerseits die guten Ernteergebnisse der letzten Jahren und andererseits ein zunehmendes Angebot von Industrieprodukten auf dem Inlandsmarkt. Nach Einschätzung von Ren Caifang vom Staatlichen Statistikamt ist die niedrige Inflationsrate vor allem auf die Kontrolle der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und auf Anpassungen im Inlandsmarkt als Folge von Verbesserungen des Preissystems zurückzuführen. Ren zufolge wird die Regierung ihre Politik der angemessenen geldpolitischen Kontrolle auch im 2. Halbjahr fortsetzen, so daß von einer Begrenzung des Einzelhandelspreisindex auf rd. 2% und des Verbraucherpreisindex auf rd. 4% ausgegangen werden könne.

Energie:

Für die Periode Januar bis Mai d.J. wird eine Zunahme des Energieoutputs in Höhe von 3,5% auf 510,8 Mio. t STKE (Standardkohle-Einheiten) gemeldet. Die Produktion von Kohle betrug 550,7 Mio. t (+3,3%), von Rohöl 67,4 Mio. t (+3,5%) und von Erdgas 9,9 Mrd. cbm (+7,7%).

Nach Angaben der China National Petroleum Corp. (CNPC) wurden bis Ende Juni 71,07 Mio. t Rohöl gefördert. Durch Anwendung neuer Techniken konnte die Förderung von Rohöl auf den traditionellen Erdölfeldern Daqing, Shengli, Liaohu, Henan, Dagang und in Xinjiang um 1,08 Mio. t erhöht werden. Bis Ende des Jahres soll die hierdurch ermöglichte zusätzliche Förderung auf 2,6 Mio. t steigen.

Außenwirtschaftliche Entwicklung:

Mit einem Anstieg der Exporte um 26,2% auf 80,8 Mrd. US\$ und einem Rückgang der Importe um 0,1% auf 63 Mrd. US\$ betrug der Außenhandelsüberschuß 17,8 Mrd. US\$. Der gesamte Außenhandel erreichte ein Volumen von 143,8 Mrd. US\$ und stieg

damit um 13% gegenüber der Vorjahresperiode.

Am stärksten trug wiederum die Provinz Guangdong zum Gesamtexport bei. Das Exportvolumen der Provinz belief sich auf 32,56 Mrd. US\$ und stieg um 28,9%. Auch Jiangsu verzeichnete mit 26,2% eine starke Zunahme der Exporte, die 6,78 Mrd. US\$ ausmachten.

Im 1. Halbjahr belief sich das Volumen der realisierten Auslandsinvestitionen auf 18,5 Mrd. US\$, ein Anstieg um nur 1,5% gegenüber der Vorjahresperiode.

Ende Juni 1997 verfügte China über Devisenreserven in Höhe von 120,9 Mrd. US\$.

Staatshaushalt:

Im 1. Halbjahr konnte ein deutlicher Einnahmenüberschuß erwirtschaftet werden. Nach Angaben des Finanzministeriums erhöhten sich die fiskalischen Einnahmen um 29,9% auf ein Volumen von 390,1 Mrd. Yuan, während die Ausgaben mit 21,1% bzw. 351,2 Mrd. Yuan in einem geringeren Umfang zunahm. Daraus ergibt sich ein Haushaltsüberschuß von 38,8 Mrd. Yuan.

Als Gründe für diese Entwicklung gibt das Finanzministerium an, daß die Börsenumsatzsteuer in den ersten Monaten d.J. deutlich höher war als in der Vorjahresperiode, während die Steuerrückerstattungen an Exporteure niedriger waren als zuvor. Trotz dieser positiven Entwicklungen wies der Finanzminister Liu Zhongli Ende Juli auf weiterhin bestehende Probleme im Finanzwesen hin, wie beispielsweise zunehmende Steuerrückstände der Unternehmen und ein unausgeglichenes Wachstum der Finanzeinnahmen in verschiedenen Regionen. In einigen Regionen seien die Ausgaben derart gestiegen, daß sie die Einnahmen weit überschritten hätten.

Einkommensentwicklung:

Zwischen Januar und Juni erhöhten sich die städtischen Einkommen um 2,2% und beliefen sich auf 2.680 Yuan pro Kopf. Zwar war der Anstieg der ländlichen Einkommen mit 3,3% höher, doch die Einkommen der Bauern betragen lediglich 980 Yuan pro Kopf. (XNA, 4., 10., 20., 21., 22., 23., 24., 26. und 31.7.97)

Nach Einschätzung des stellvertretenden Zentralbankpräsidenten Chen Yuan befindet sich die Wirtschaft auf

einem gesunden Entwicklungspfad, so daß keine Zinsveränderungen notwendig sind. Für das gesamte Jahr 1997 erwartet Chen Yuan ein Wirtschaftswachstum von 9 bis 9,5%, das damit etwas höher als das von der Zentralregierung mit 8% angestrebte Wachstumstempo ist. Chen Yuan rechnet außerdem mit einer Teuerungsrate von 4% (Einzelhandelspreise).

Die Zinsen wurden im letzten Jahr zwei Mal gesenkt, und zwar im Mai und im August, als Reaktion auf die rückläufige Inflation. Dadurch sank der Zinssatz für Umlaufkapitalkredite an staats eigene Unternehmen, der im Mittelpunkt des Interesses steht, von 12,06% auf 10,08%. Auch die Einlagenzinssätze wurden reduziert, nämlich von 10,98% auf 7,47%. Der Diskontsatz, also die Gebühr, die Zentralbank für Kredite mit einer Laufzeit von einem Jahr von den staatlichen Banken erhebt, liegt derzeit bei 8,28%. Vor der Senkung des Diskontsatzes im letzten Jahr lag dieser bei 9,18%. (AWSJ, 11./12.7.97) -schü-

20 Neue Leitung der Börsenaufsichtsbehörde

Mitte Juli d.J. wurde offiziell die Ablösung des Leiters der Börsenaufsichtsbehörde (China Securities Regulatory Commission = CSRC), Zhou Daojiang, durch Zhou Zhengqing bekanntgegeben. Dieser hat bereits vor einigen Wochen das Amt von seinem Vorgänger übernommen, ohne jedoch seine Position als Leiter der Wertpapierkommission beim Staatsrat (State Council Securities Committee (SCSC) aufzugeben, die als Überwachungsorgan der Börsenaufsichtsbehörde gilt. Die Kommission entwirft die Reformpolitik für die Entwicklung der Wertpapierbörsen, und ihr Leiter hat den Rang eines Ministers. Zhou Zhengqing hat aufgrund seiner Tätigkeit als ehemaliger stellvertretender Zentralbankpräsident Erfahrungen im Finanzsektor.

Weitere Personalveränderungen betreffen die Positionen des stellvertretenden CSRC- und stellvertretenden SCSC-Leiters. Diese Posten wurden vom ehemaligen stellvertretenden Zentralbankpräsidenten Chen Yaoxian übernommen; in der Vergangenheit hatte Zhou Daojiang auch die Position eines stellvertretenden SCSC-Leiters inne. Als weiterer stellvertretender SCRD-Leiter wurde Chen Dongzheng

ausgewählt, der ebenfalls beim Staatsrat arbeitet.

Der Wechsel in der Leitung der Börsenaufsichtsbehörde spiegelt die Unzufriedenheit der Zentralregierung mit den Regulierungsleistungen der CSRC wieder. Der Behörde war es nicht gelungen, Irregularitäten und Spekulationswellen von den Aktienbörsen zu bannen. Mit Hilfe von Zhou Zhengqing als ehemaligen Zentralbankpräsidenten, der nunmehr die zwei höchsten Positionen der Überwachung und Regulierung sowie der Politikgestaltung des Wertpapiermarktes innehat, soll zwischen den drei Organisationen (Zentralbank, SCSC und CSRC) eine bessere Koordination erfolgen. (SCMP, 12 7. und 14.7.97)

Für eine Reihe von Marktanalysten stellt die personelle Umbesetzung den Versuch der Zentralbank dar, ihren Einfluß auf die Politik und Praxis der Aktienpapierbörsen wieder auszuweiten. Mit der Einführung einer dreistufigen Struktur im Jahre 1992 hatte der Staatsrat neben die Zentralbank als neue Institutionen zur Überwachung des Wertpapiermarktes die SCSC gestellt (zuständig für die allgemeine Politik der Wertpapiermärkte einschließlich der Zulassung neuer Aktienmärkte, neuer gesetzlicher Bestimmungen für den Wertpapiermarkt sowie Festlegung der Emissionsvolumina von Aktien und Obligationen) sowie die CSRC (die routinemäßige Überwachung der Aktienmärkte durchführt, die Aufgabe, die zuvor von der Zentralbank erfüllt worden war). Daß die Zentralbank wieder stärker Überwachungsfunktionen übernehmen könnte, liegt auch in der Schwäche der Börsenaufsichtsbehörde begründet. So hat die CSRC nicht ausreichend Macht, die staats-eigenen Unternehmen und die Banken von Wertpapieraktivitäten auszuschließen. Da es noch kein Wertpapiergesetz gibt, insbesondere, weil die Zuständigkeiten zwischen den drei Organisationen nicht geklärt werden konnten, sind die Zentralbank sowie die SCSC auf Anordnungen des Staatsrates angewiesen. (SCMP, 10.7.97)

Die Zahl der Aktienbesitzer ist in China seit Anfang d.J. weiter deutlich gestiegen. Während im 1. Quartal d.J. an den zwei Aktienbörsen in Shanghai und Shenzhen rd. 20 Mio. Aktienbesitzer registriert waren, stieg ihre Anzahl Anfang Juli d.J. auf 30,52 Mio. an. Auf Shanghai entfallen 15,95 Mio. Aktienbesitzer, auf Shenz-

hen 14,57 Mio. Personen. Aktien haben ihre Attraktivität nicht verloren, obwohl nach massiven staatlichen Markteingriffen die Aktienpreise um 25% seit Ende Mai d.J. gesunken waren.

Nach Einschätzung von Wertpapierhändlern führte das wachsende Interesse von privaten Aktienkäufern im April und Mai zu hohen nachfrageinduzierten Steigerungen der Aktienwerte. Zusammen mit verbreiteten Irregularitäten institutioneller Investoren sah sich die Börsenaufsichtsbehörde gezwungen, staats eigene Unternehmen und Banken den Zugang zum Markt zu verbieten. (AWSJ, 10.7.97)

Für den Shenzhener Aktienmarkt erwarten Analysten für das 3. Quartal 1997 keinen wesentlichen Aufschwung, insbesondere nicht für die für ausländische Investoren reservierten B-Aktien. So würden institutionelle Anleger ihr Kapital aus Shenzhen abziehen, um in „Red Chips“ (in Hongkong gegründete Unternehmen mit festlandchinesischem Kapital) zu investieren oder H-Aktien (in Hongkong notierende festlandchinesische Unternehmen) zu kaufen. (AWSJ, 10.7.97) Für die Entwicklung der Shanghai Aktienbörse sehen Analysten bessere Aussichten für das 3. Quartal, obwohl auch hier die Konsolidierung im Vordergrund steht. (AWSJ, 8.7.97)

Nachdem in der letzten Zeit die meisten B-Aktienemissionen in Shenzhen erfolgt waren, sind nunmehr mindestens vier Unternehmen um die Emission von B-Aktien in Shanghai bis Ende September bemüht. Die Aktienbegebung soll Kapital in Höhe von 383 Mio. US\$ beschaffen. Zu den Unternehmen, die B-Aktien emittieren werden, zählen Shanghai Zhenghua Port Machinery, Shanghai Electric, Zhejiang Southeast Electric Power und Inner Mongolia Yikezhaoeng. (SCMP, 10.7.97) -schü-

21 Chinas steigende CO₂-Emissionen

Seit Mitte der 80er Jahre hat Chinas Anteil an der globalen Klimaveränderung schnell zugenommen, obwohl die Pro-Kopf-Emission von Kohlendioxid weit unter der Hälfte des Weltdurchschnitts liegt und lediglich rund ein Zehntel des Pro-Kopfausstoßes der USA beträgt (vgl. Lotspeich, R./Chen, A. (1997), „Environmental Protection in the People's

Tabelle 1: Entwicklung der weltweiten CO₂-Emissionen nach Regionen

Region	1995 Mio.t	2000 Mio. t	2010 Mio. t	2020 Mio. t	1990-2000 (+/- %)	2000-2020 (+ %)
Afrika	593	702	891	1.095	30,5	56,0
Nordamerika	5.612	6.106	6.839	7.328	15,2	20,0
Westeuropa	3.217	3.467	3.891	4.280	2,5	23,4
Lateinamerika	768	928	1.305	1.950	40,1	110,1
Osteuropa, GUS	3.286	3.509	3.955	4.320	-27,3	23,1
Mittl. Osten	489	1.013	1.446	1.920	46,4	89,6
OECD Pazifik	1.452	1.601	1.799	2.013	20,6	25,8
China	2.825	3.607	4.890	6.810	57,6	88,8
China (%-Anteil)	13,6	15,3	17,0	19,3		
Restl. Asien	2.113	2.612	3.816	5.580	68,1	113,6
Gesamt	20.715	23.544	28.831	35.295	14,5	19,9

Quelle: DRI/McGrawHill, in: „Earth Summit. Dire about Hot Air“, in: *Financial Times, Power in Asia. The Asian Electricity Market*, July 1997, No. 230, S. 4.

Republic of China“, in: *Journal of Contemporary China*, 6 (14), S. 33-59, hier S.44). Prognosen nach wird Chinas CO₂-Ausstoß aufgrund der weiterhin erwarteten rasanten Industrieentwicklung auch zukünftig steigen. Wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist, betrug Chinas CO₂-Ausstoß 1995 rd. 2,8 Mrd. t und erhöht sich den Berechnungen nach bis zum Jahre 2000 auf 3,6 Mrd. t. Die Emissionzunahme in China führt zu einer Anteilserhöhung am globalen Kohlendioxidausstoß von 13,6% auf 15,3%. Allerdings wird für den Zeitraum 2000 bis 2020 mit einem noch schnelleren Anstieg der CO₂-Emissionen gerechnet, so daß der Kohlendioxidausstoß Chinas auf 6,8 Mrd t zunehmen könnte. Während Nordamerika 1995 mit 27% noch am stärksten zur CO₂-Emission beigetragen hat, würde dieser Anteil bis zum Jahre 2020 auf 21% sinken und gleichzeitig Chinas Anteil auf 19,3% steigen.

Kohlendioxid, als wichtigster Verursacher des Treibhauseffekts, entsteht in erster Linie durch Nutzung fossiler Energieträger. Da Chinas Energiestruktur durch einen Anteil von 75% Kohle als dem wichtigsten Energieträger bestimmt wird, ist die umweltschonende Nutzung von Kohle neben einem effizienteren Energieeinsatz eine der größten Herausforderungen für die Umweltpolitik. Neben dem steigenden Anteil an der globalen CO₂-Emission trägt China außerdem inzwischen mit 16% weltweit am stärksten zur Emission von Methangas bei, das den Treibhauseffekt mit hervorruft. Ursächlich hierfür ist vor allem der Naßreis-Anbau sowie der Kohleverbrauch. Beim FCKW-Verbrauch entfällt Schätzungen zufolge aufgrund des geringen Pro-Kopf-Verbrauchs lediglich ein Anteil von rd. 2% auf China. (Vgl. Lotspeich, R./Chen, A., a.a.O.)

Die mit dem weltweiten Anstieg von Treibhausgasen verbundenen Klimaänderungen und ihre Folgen, wie der Rückgang der Agrarproduktion, die Zunahme von Naturkatastrophen etc., sind vielfach beschrieben worden. Berechnungen zur regionalen Klimaänderung für China kommen zu dem Ergebnis, daß (1) sich landesweit die Temperatur erhöhen wird, (2) mit geringeren Ernteerträgen zu rechnen ist, da aufgrund der stärkeren Verdunstung Wasser fehlen wird, (3) sich die Gefahr der Bodenerosion aufgrund einer höheren Niederschlagsintensität und einem Rückgang der Bodenfeuchtigkeit verstärken wird und daß (4) Überschwemmungen von Küsten und Tieflandgebieten aufgrund des Meeresspiegelanstiegs sowie stärkeren und häufigeren Stürmen zunehmen werden. In der Tabelle 2 sind die erwarteten Folgen einer Verdoppelung der Kohlendioxid-Emission für das Klima in China aufgeführt. (Johnson, T.M et al (Eds.) (1996), *China. Issues and Options in Greenhouse Emissions Control*, World Bank Discussion Paper No. 330, Washington D.C., S. 10).

Der Energieverbrauch trägt mit rd. 80% zur Emission von Treibhausgasen in China bei. Zur Reduzierung der CO₂-Emission hat die Weltbank in einer Studie verschiedene Optionen für China aufgezeigt. Neben der indirekten Energieersparnis durch einen beschleunigten Strukturwandel könnten durch folgende Maßnahmen Verbesserungen der Energienutzung und direkte Energieeinsparungen möglich sein.

- Modernisierung und Umstrukturierung der Industrie, einschließlich effizienterer industrieller Abläufe, höherer Skalenerträge und verbessertem Management. Hierzu wird vor allem auch eine Erhöhung der Betriebsgrößen für Kraftwerke gezählt.

- „Klassische“ Projekte zur Energieeinsparung im Industriesektor, einschließlich verbesserter Nutzung von Abwärme, Gas etc. Dazu gehört auch der Aufbau eines Überwachungssystems, bessere Isolierung sowie andere technische Neuerungen in Wasser- und Wasserdampfsystemen.
- Effizienzsteigerungen bei Anlagen, die weithin genutzt werden, insbesondere von kleinen und mittelgroßen kohlebefeuerten Industriedampfkesseln, elektrischen Motoren, Ausrüstungen für Klima- und Kühlanlagen etc.
- Ergänzende Kohleverarbeitung und Verbesserung der Qualität und der Konsistenz des Kohleangebots, einschließlich der Ausweitung der Kohlevergasung, -waschung, -aussiebung und -aussortierung sowie Brikettherstellung.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz der Haushalte und Betriebe, einschließlich Verbesserungen der Gebäudekonstruktionen, des Baumaterials, von Zentralheizungssystemen und elektrischen Anlagen.

Zusätzlich zur Steigerung der Energieeffizienz empfiehlt die Weltbank für China eine stärkere Diversifizierung der Energieträger mit einem höheren Anteil der Energieerzeugung durch insbesondere Wasser-, Atomkraft-, Wind- und Sonnenenergie. Darüber hinaus sieht die Weltbank die Möglichkeit, CO₂-Emissionen bis zum Jahre 2020 durch stärkere Aufforstungsanstrengungen um 10% zu reduzieren. Durch Verbreitung moderner Techniken in der Viehzucht sowie im Reisanbau wird außerdem ein Rückgang um 25% bei Methangas-Emissionen als möglich angesehen. Allerdings sind die geschätzten Kosten für die Umset-

zung dieser Weltbank-Empfehlungen enorm; allein für die Veränderung der Energiestruktur mit einem Anteil von nur 57% Kohle an der gesamten Energieerzeugung bis zum Jahre 2020 müßten mehr als 100 Mrd. US\$ investiert werden. (Vgl. hierzu Johnson et al, a.a.O, S. 3 ff.) -schü-

Tabelle 2: Erwartete Klimaveränderungen in China bei einer Verdoppelung der CO₂-Emissionen

	Winter	Sommer
Lufttemperatur (Grad)	+4,8	+3,9
Niederschläge (%)	+12,7	+9,3
Bodenfeuchtigkeit (%)	-2,4	-2,9
Gesamte Wolkendichte (%)	-5,1	-2,9

Quelle: Wang et al., (1992), National Center for Atmospheric Research, Albany, N.Y., in: Johnson, T.M et al (Eds.) (1996), *China. Issues and Options in Greenhouse Emissions Control*, World Bank Discussion Paper No. 330, Washington D.C., S. 10.

22 Projektionen zu Umweltschutzinvestitionen und staatlicher Rahmen der Umweltpolitik

Vor dem Hintergrund der erwarteten Zunahme des Energiebedarfs will die chinesische Regierung ihre umweltpolitischen Aktivitäten und Investitionen ausweiten, um eine weitere Verschärfung der Umweltprobleme zu verhindern. Maßnahmen schließen die Förderung von Technologien für saubere Kohle und Heiztechniken ein, eine umweltgerechtere Preispolitik sowie eine strengere rechtliche Verfolgung von Umweltsündern. Zwar erhöhten sich die Umweltinvestitionen seit Mitte der 80er Jahre, doch wurde das von der NEPA geforderte Ziel einer Steigerung der Umweltinvestitionen auf ein bis zwei Prozent des Bruttosozialprodukts noch nicht erreicht. Mit der Erhebung von Gebühren für CO₂-Emittenten ist bereits vor einigen Jahren begonnen worden; die Umweltstrafen sind allerdings noch zu gering, um nachhaltige Verhaltensänderungen auszulösen.

Die Finanzierung der Umweltpolitik zwingt China zu einer verstärkten internationalen Kooperation, um auf bilateraler und multilateraler Ebene besseren Zugang zu neuen Technologien und günstigen Krediten zu erhalten. Wie hoch die geschätzten Umweltinvestitionen zukünftig sein werden und welche Beteiligung des Auslands erwartet wird, zeigt die Tabelle

„Projektionen über die Umweltausgaben...“.

Von den insgesamt auf 53,6 Mrd.US\$ geschätzten Umweltausgaben im Zeitraum 1996 bis 2000 sollen rd. 20% über sino-ausländische Gemeinschaftsunternehmen und Kredite internationaler Institutionen finanziert werden. Mit Blick auf den Anteil von 1,5% Umweltausgaben am BIP stellt sich jedoch die Frage, ob diese Zielsetzung erfüllbar ist, anderenfalls würde der extern anfallende Finanzierungsbedarf noch höher sein. („Infinite Possibilities“ (1997), in: *China Trade Report*, April, S. 10-11, hier S. 11). China ist bereits der größte Kreditnehmer der Weltbank, die einen hohen Anteil der Umweltprojekte finanziert und Unterstützung für Umweltmaßnahmen über den Global Environmental Facility-Fond bereithält, der ebenfalls ein Instrument der Weltbank ist. Auch die ADB hat China inzwischen zu einem Schwerpunktland der Umweltinvestitionen gemacht. Die aktive Beteiligung Chinas an der Politikfindung und Kreditvergabe dieser Institutionen wird demnach erwartet werden können.

Zukünftig läßt sich auch ein zunehmender Zwang zur expliziten Berücksichtigung von Umweltfolgen im Zusammenhang mit einem steigenden Konkurrenzdruck für chinesische Produkte auf dem Weltmarkt absehen. So wird von chinesischen Experten bereits warnend darauf hingewiesen, daß Chinas internationale Wettbewerbsfähigkeit aufgrund hoher Schadstoffanteile bei den Hauptexporten wie beispielsweise Textilien, Kunststoffen, Agrarprodukten, Porzellan und einigen leichtindustriellen Produkten wie Kühlschränken gefährdet ist. (Qu Ruyao (1997), „Internationaler Trend zum Umweltschutz beeinflusst den Außenhandel“ (Guoji huanbao daqushi dui wo guo wai mao de yingxiang je duizi sikao), in: *Jingji lilun yu jingji guangli*, Heft 1, S. 70-74.)

Im Zusammenhang mit der Aufstellung und Umsetzung der Umweltpolitik ist von Interesse, welche staatlichen Institutionen hierfür verantwortlich sind. Einen Überblick hierzu soll die Abbildung „Institutioneller Rahmen der chinesischen Umweltpolitik“ bieten. Die Darstellung basiert auf Angaben in World Bank (1992), China. Environmental Strategy Paper, S. 5 ff; Sinkule, B.J./Ortolano (1995), *Implementing Environmental Policy*, Westport/London sowie Information Office of the State Council of the Peo-

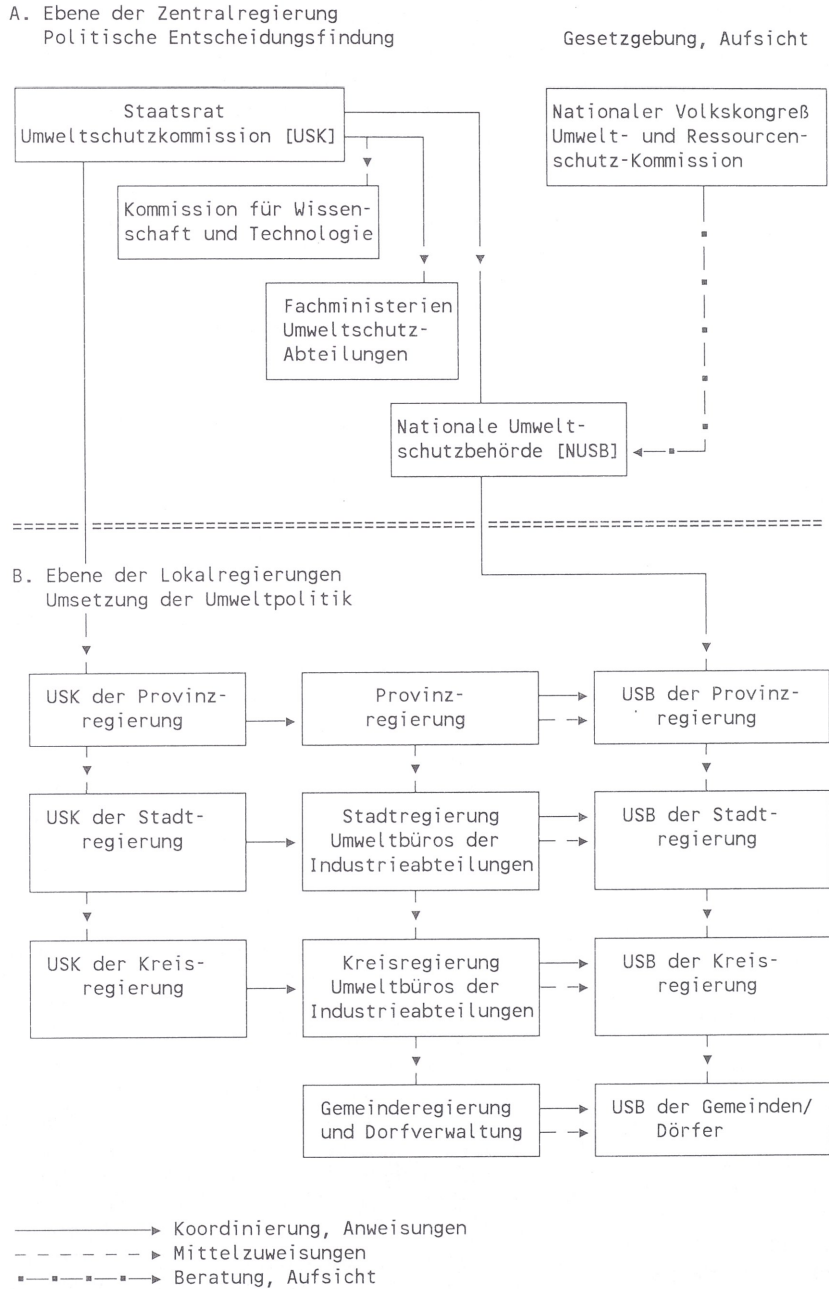
ple's Republic of China (1996), *Environmental Protection in China*, Beijing, S. 8.

Die *Umweltschutzkommission* des Staatsrats (Guowuyuan huanjing baohu weiyuanhui bzw. in der englischsprachigen Bezeichnung Environmental Protection Commission) steht an der Spitze der Entscheidungsfindung und ist die wichtigste Koordinierungsstelle in der Umweltpolitik. Die Kommission wurde 1982 gegründet und nach den Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes von 1979 zunächst dem Ministerium für Städtebau und Umweltschutz und dann 1984 direkt dem Staatsrat unterstellt. Nach Art. 7 des Umweltschutzgesetzes liegt die Gesamtverantwortung für die Umweltplanung und den Umweltschutz bei der Umweltschutzkommission des Staatsrats. Die herausragende Bedeutung der Kommission wird dadurch unterstrichen, daß sie von einem stellvertretenden Ministerpräsidenten geleitet wird. Die Kommission setzt sich aus Vertretern der Fachministerien und Kommissionen mit Ministerrang zusammen, die am Umweltschutz über Planung, Wissenschaft und Forschung beteiligt sind. Konflikte zwischen den verschiedenen zentralstaatlichen Institutionen bei Fragen des Umweltschutzes sollen ebenfalls von der Kommission gelöst werden.

Auf Ebene der Provinz-, Stadt- und Kreisregierung gibt es ebenfalls Umweltschutzkommissionen, deren Aufgabe die Leitung und Koordinierung der Umweltpolitik ist. Allerdings wurde Anfang der 90er Jahre im Zuge der Straffung des lokalen Regierungsapparates in manchen Stadt- und Kreisregierungen die Umweltschutzkommission abgeschafft und dem Umweltschutzamt die Koordinationsaufgaben übertragen (Siehe hierzu das Beispiel von Shunde in Sinkule, B.J./Ortolano (1995), *Implementing Environmental Policy*, Westport/London, S. 1-24; hier S. 9 und *Zhongguo difang zhengfu jigou gaige* (Reform der Organisationsstrukturen der Lokalregierungen in China), (1995), Beijing, S.514).

Da die Umweltschutzkommission nur vierteljährlich zusammentritt, kann sie umweltpolitische Programme und -maßnahmen nur in unregelmäßigen Abständen entwerfen sowie überwachen und verläßt sich deshalb hierbei auf die *Nationale Umweltschutzbehörde* (Guowuyuan huanjing baohu ju bzw. National Environmental Protection Agency, NEPA). Diese wurde 1974 als eine Leitungsgruppe für den Umweltschutz beim

Institutioneller Rahmen der chinesischen Umweltpolitik



Quelle: Schüller, Margot, erstellt nach Angaben in: Sinkule, B.J./Ortolano (1995), Implementing Environmental Policy, Westport/London und World Bank (1992), China Environmental Strategy Paper.

Staatsrat gegründet und 1982 dann als Umweltschutzbehörde nach den Bestimmungen des Umweltschutzgesetzes von 1979 ebenfalls zunächst dem Ministerium für Städtebau und Umweltschutz untergestellt. Eine Aufwertung erfuhr die Organisation 1987 mit der Umwandlung in eine eigenständige Behörde, die direkt dem Staatsrat zugeordnet wurde. Als Ausführungsorgan der Staatlichen Umweltschutzkommission ist die Nationale Umweltschutzbehörde dieser

sowie dem Staatsrat berichtspflichtig. Gemäß Art. 26 des Umweltschutzgesetzes von 1989 ist die Behörde verantwortlich für die Ausarbeitung von Umweltschutzgesetzen, Verordnungen und Umweltstandards und muß jährlich einen Bericht zur Umweltsituation erstellen. Die Nationale Umweltschutzbehörde besitzt nicht den Rang eines Ministeriums und hatte bis vor wenigen Jahren relativ wenig Einfluß in der Administration und eine sehr knappe personelle und

finanzielle Ausstattung. Inzwischen ist allerdings die Zahl der Umweltschutzämter oberhalb der Kreisebene auf 2.500 und ihre Beschäftigtenzahl auf rd. 88.000 gestiegen. (Siehe dazu Information Office of the State Council of the People's Republic of China (1996), a.a.O., S.9)

Die Nationale Umweltschutzbehörde ist in vier allgemeine Arbeitsgebiete aufgeteilt, nämlich Umweltpolitik, Umsetzung, Förderung und Überwachung. Die Umsetzung

Tabelle: Projektionen über die Umweltausgaben Chinas 1996 - 2000 (Mrd. US\$)

	1996	1997	1998	1999	2000	Gesamt
BIP	746	806	870	940	1.015	
Ausgaben in Prozent	0,9	1,0	1,3	1,4	1,5	
Ausgaben in Mrd.US\$	6,3	8,1	11,3	12,7	15,2	53,6
- Provinzen u. Städte	3,8	4,8	6,8	7,6	9,1	32,2
- Industrie	1,3	1,6	2,3	2,5	3,0	10,7
- Joint Venture mit dem Ausland	0,6	0,8	1,1	1,3	1,5	5,4
- Kredite intern. Organisationen	0,6	0,8	1,1	1,3	1,5	5,4

Quelle: Sofres, zitiert nach „Infinite Possibilities“ (1997), in: *China Trade Report*, April, S. 10

der Umweltschutzprogramme und -bestimmungen erfolgt auf lokaler Ebene durch die Umweltbehörden [USB] der Provinz-, Stadt-, Gemeinde- oder Dorfgemeinschaften, die Politikanweisungen von der Nationalen Umweltbehörde erhalten und gleichzeitig Teil der Organisationsstruktur der Lokalregierung sind. Die Umweltämter sind dementsprechend gegenüber diesen Lokalregierungen sowie gegenüber den übergeordneten Umweltbehörden berichtspflichtig. Die Industrieabteilungen der Lokalregierungen, die für die Unternehmen in ihrem jeweiligen Gebiet verantwortlich sind, besitzen ebenfalls Umweltbüros. Diese funktionieren als Vermittler zwischen den Umweltämtern und den Unternehmen, die sie vor Umweltauflagen schützen wollen, die aus ihrer Sicht überzogen sind. Außerdem unterstützen diese Büros die Unternehmen bei der Einführung neuer Umwelttechnologien. Die Mittel zur Finanzierung erhalten die Umweltämter aus dem Haushalt der Lokalregierungen. Außerdem können die Ämter auch einen Teil der Gebühren, die sie gegenüber umweltverschmutzenden Unternehmen einnehmen, für die Deckung ihrer Organisationskosten einbehalten.

Die Umweltpolitik erhielt mit der Gründung der *Umwelt- und Ressourcenschutzkommission beim Nationalen Volkskongress [NVK]* im Jahre 1993 eine weitere unterstützende Institution, die Beratungs- und Aufsichtsfunktionen ausübt und sich auf Fragen der Umweltschutzgesetzgebung und ihre Umsetzung konzentriert. Als weitere Organisation im Umweltbereich ist die Staatliche Kommission für Wissenschaft und Technologie zu nennen, die für die Umsetzung der Programme im Rahmen der „Agenda 21“ verantwortlich ist. -schü-

23 Preisanreize und Pachtverlängerung sollen Bauern zum Getreideanbau ermutigen

Mitte Juni d.J. warnte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji die lokalen Funktionäre, willkürlich die Preise für den staatlichen Getreideankauf zu verändern. Nur durch angemessene Preise könne die Motivation der Bauern für den Getreideanbau erhalten werden. Die Bezirksregierungen forderte Zhu Rongji auf, die Preisbestimmungen des Staatsrates für den Getreideankauf zu veröffentlichen. Diese sehen vor, daß die Bauern 1. für die Ablieferung von vorher festgelegten Getreidemengen einen vom Staatsrat bestimmten Preis erhalten und daß 2. für über die vereinbarten Getreideablieferungen hinausgehende Mengen Preise gelten, die niedriger als die Preise für fixe Quoten, aber höher als die Marktpreise sind. Für den Ankauf von Weizen beispielsweise beträgt der Preis für fixe Quotenabnahmen 0,76 Yuan/kg und für Überquotenverkäufe 0,69 Yuan/kg.

Aufgrund der relativ guten Getreideernte der letzten Jahre sind die Vorratsspeicher in den ländlichen Gebieten übervoll, so daß viele staatliche Ankaufsstationen versucht haben, Getreide zu den derzeit relativ niedrigen Marktpreisen anzukaufen. Zhu Rongji verurteilte dieses Verhalten und warnte die Lokalregierungen darüber hinaus, den Ankauf von Getreide abzulehnen oder statt Bargeld Anrechnungsscheine auszugeben, wie dies in einigen Regionen der Fall gewesen wäre. (SCMP, 10.7. und 14.7.97; XNA, 9.7.97)

Neben Problemen beim Verkauf ihrer Getreideernte sehen sich viele Bauern auch einer unsicheren Situation hinsichtlich der Verlängerung ihrer Pachtverträge gegenüber. Obwohl die Zentralregierung vor kurzem angekündigt hat, daß die Pachtverträge auf 30 Jahre verlängert werden sollen, versuchen manche Lokalregierungen diese Anweisung zu unterlaufen. Statt dessen

sollen die Nutzungsrechte über Auktionen an meistbietende Bauern vergeben werden. Auch werden die Bauern nicht über die von der Zentralregierung erlassenen neuen Bestimmungen zu den Pachtverträgen informiert. (AWSJ, 18./19.7.97) Zhu Rongji wandte sich Anfang Juli gegen solche Praktiken in einzelnen Regionen, die gegen die Politik der Zentralregierung verstoßen würden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 8.7.97, nach SWB, 12.7.97) Auf einer nationalen Konferenz der Leiter der Landwirtschaftsministerien der Provinzen versprach Liu Jiang, Agrarminister in der Zentralregierung, daß sich die Politik hinsichtlich der Landpachtsysteme in den kommenden 30 Jahren nicht ändern werde. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in Chinese, 11.7.97, nach SWB, 15.7.97)

Im Zusammenhang mit der Verlängerung der Pachtverträge für die landwirtschaftliche Nutzung steht auch die Kampagne zur Überprüfung von Landnutzung für nichtlandwirtschaftliche Zwecke. Am 15.4.97 hatte die Staatliche Landverwaltungsbehörde eine Bestimmung erlassen, aufgrund der die Zuteilung von Land für nichtagrarische Zwecke eingefroren wurde. Zwischen 1986 und 1995 waren insgesamt 75 Mio. Mu (rd. 5 Mio. Hektar) Ackerland verloren gegangen. Jetzt soll u.a. überprüft werden, in welchem Umfang in der Nähe von Städten und in ländlichen Gebieten Golfplätze, Fabriken oder andere Nutzungsformen bestehen, die nach den Bestimmungen nicht erlaubt sind. (XNA, 12.7.97)

Über die erwartete Höhe der diesjährigen Getreideernte bestehen derzeit noch sehr unsichere Prognosen. Aufgrund der großen Trockenheit in weiten Teilen Nordchinas warnte das Staatliche Statistikamt Mitte Juni d.J., daß die Rekordernte von 1996 nicht wieder erreicht werden könne. Das schlechte Wetter werde sich vor allem auf die Ernteergebnisse von Mais, Baumwolle, Hirse, Reis und andere Getreidesorten auswirken. Nachdem zunächst die Pro-

vinzen Henan, Shandong und Henan von der Dürre betroffen worden seien, hätten sich die Probleme seit Mai auf den Norden Chinas ausgedehnt. Allerdings sei bei Getreide damit zu rechnen, daß die Selbstversorgung im wesentlichen garantiert werden könne. (SCMP, 17.7.97) Die ersten Meldungen über die Sommer-Getreideergebnisse in Höhe von rd. 124 Mio. t, die damit um einiges höher als die vom Statistikamt vor einigen Monaten geschätzten 118 Mio. t liegen, werden sich positiv auf die gesamte Jahresernte auswirken. (AWSJ, 23.7.97)

Von der Trockenheit ist vor allem die Provinz Shandong betroffen und dort mehr als 3,6 Mio. Hektar Ackerland. Zwar war die Sommer-Getreideernte bereits vor Beginn der Dürre eingebracht worden, doch leiden nunmehr ein Drittel der Feldfrüchte, insbesondere Sojabohnen, Mais, Baumwolle, Erdnüsse, Reis, Hirse und Süßkartoffeln, unter Wassermangel, und die Sommeraussaat mußte ausgesetzt werden. (AWSJ, 24.7.97) -schü-

24 Hat Shanghais Staatssektor die Krise überwunden?

Einem Bericht der Shanghaier Lokalregierung zufolge hat sich die Schuldensituation der Staatsbetriebe erheblich verbessert. Der Staatssektor in Shanghai, der durch hohe Schulden und niedrige Effizienz charakterisiert gewesen sei, habe sich schrittweise von seinen finanziellen Schwierigkeiten befreien können. Statistiken zufolge sei die Verschuldungsquote in den Staatsbetrieben innerhalb von drei Jahren von 80% auf 60% zurückgegangen.

Als Hauptgrund für diese Entwicklung wird die Umverteilung und bessere Nutzung von staatlichen Vermögenswerten genannt. Bis Ende letzten Jahres hätten 800 staatseigene Unternehmen im Shanghaier Raum fusioniert. Weitere 58 Unternehmen hätten Konkurs angemeldet; hierbei wurden 2,63 Mrd. Yuan an faulen Krediten abgeschrieben.

Nach Einschätzung der Shanghaier Lokalregierung stellt insbesondere die Reduzierung der Schulden der Staatsbetriebe eines der größten Probleme bei der Umstrukturierung der Staatsbetriebe dar. Hierbei habe man nun erste Fortschritte gemacht und sehe vertrauensvoller in die Zukunft. Um den Staatssektor wettbewerbsfähiger zu machen, werde ein modernes Unternehmenssystem ein-

geführt, und Shanghai plane in der zweiten Jahreshälfte weitere Reformmaßnahmen im Staatssektor umzusetzen. (XNA, 19.7.97)

Dieses optimistische Bild der Shanghaier Wirtschaft wird allerdings getrübt, wenn die Entwicklung der Industriebetriebe näher betrachtet wird. So berichtet die *Financial Times*, die sich auf einen Bericht der Shanghai Economic Commission beruft, von einem deutlichen Rückgang der Gewinne im Industriesektor und einem gleichzeitigen Anstieg der Verluste der staatseigenen Unternehmen im 1. Halbjahr, der das Wirtschaftswachstum der Metropole verlangsamt hätte. So sanken die Gewinne zwischen Januar und Juni um 12,1% im Vergleich zur Vorjahresperiode. Der Produktionswert in der Industrie erhöhte sich zwar um 14,4% auf 269 Mrd. Yuan, doch auch die unverkäuflichen Lagerbestände sollen zugenommen haben. Die Verluste der staatseigenen Unternehmen erhöhten sich um 7,2% auf 1,33 Mrd. Yuan. Ein Drittel der Verluste stammt aus der Chemie-, Elektronik, Textil- und Leichtindustrie, und weitere 447 Mio. Yuan Verluste verzeichneten die lokalen Busunternehmen und andere Anbieter öffentlicher Versorgungsdienstleistungen. Die unverkäuflichen Lagerbestände erreichten im 1. Halbjahr einen Wert von 30 Mrd. Yuan und die offenstehenden Forderungen der Unternehmen erreichten eine Höhe von 89,3 Mrd. Yuan (keine Angabe von Vergleichswerten früherer Perioden). (FT, 17.7.97)

Xu Zhiyi, Leiter der Wirtschaftskommission Shanghai, will durch eine Ausweitung der Produktion und Reduzierung der Kosten die Gewinne der Unternehmen erhöhen. Weiterhin sollen den Schlüsselunternehmen mit marktfähigen Produkten ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Rückgang der Gewinne sei Xu zufolge auf die steigenden Produktionskosten zurückzuführen, hervorgerufen durch eine Verteuerung der Rohstoffpreise und der Preise der öffentlichen Versorgungsunternehmen.

Der Bericht der Wirtschaftskommission über die Probleme der staatseigenen Unternehmen kontrastiert auch mit den sehr positiven Angaben des Shanghaier Statistikamtes, die für das 1. Halbjahr ein Wirtschaftswachstum (reale Zuwachsrates des BIP) von 13,7% melden. Das Entwicklungstempo ist damit um rd. vier Prozent höher als im landesweiten Durchschnitt und höher als die von der

Shanghaier Lokalregierung für das gesamte Jahr 1997 geplante Wachstumsrate von 12%. (FT, 17.7.97)

Neben einem hohen Wirtschaftswachstum weist das Statistikamt in seinem Bericht für das 1. Halbjahr auf das weiterhin schnelle Entwicklungstempo des Dienstleistungssektors hin. Dieser verzeichnete eine Zunahme um 23,9%; der Anteil dieses Sektors am BIP Shanghais erhöhte sich damit auf 44,6%. Shanghais Exporte stiegen in den ersten sechs Monaten d.J. um 12,7% und erreichten einen Wert von 7,322 Mrd. Yuan. (XNA, 27.7.97)

Statistiken über den Privatsektor in Shanghai weisen auf dessen schnelle Entwicklung hin. Insgesamt soll es Ende Mai d.J. rd. 62.000 private Unternehmen in Shanghai gegeben haben, die rd. 657.000 Arbeitskräfte beschäftigten. Im Vergleich zum Jahre 1991 erhöhte sich die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten um das 26- und 13fache.

Private Unternehmen in Shanghai wiesen im Durchschnitt ein registriertes Kapital in Höhe von 596.000 Yuan (rd. 71.000 US\$) auf, das damit um 20% höher als im Landesdurchschnitt ist. Das insgesamt registrierte Kapital der Privatunternehmen erhöhte sich von 290 Mio. Yuan im Jahre 1992 auf 32,1 Mrd. Yuan. In diesem Zeitraum stieg der Outputwert dieser Unternehmen um mehr als das Doppelte.

Gu Shunren, stellvertretender Direktor der Shanghaier Industrie- und Handelsverwaltung, wies auf den positiven Beitrag der privaten Unternehmen für Shanghai hin. Allein 1996 stellten diese Unternehmen mit 1,2 Mrd. Yuan Steuern einen Anteil von 4,2% der lokalen Fiskaleinnahmen; in einigen Stadtbezirken belaufe sich der Anteil sogar auf bis zu 30%. Auch zur Beschäftigung tragen die privaten Unternehmen zunehmend bei. Sie stellen inzwischen 10% der Gesamtbeschäftigten und haben mehr als 100.000 Arbeitskräfte absorbieren können, die von den staatseigenen Unternehmen entlassen werden mußten. Die privaten Unternehmen, die überwiegend in den Randbezirken Shanghais zu finden sind, haben weiterhin für mehr als 300.000 Bauern Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Gu Shunren zufolge werde die Shanghaier Lokalregierung weitere Maßnahmen zur Förderung der privaten Unternehmen verfolgen. So soll es diesen Unternehmen erlaubt sein, sich aktiv an der Umstrukturierung der staatseigenen Unternehmen zu be-

teiligen, in dem Privatunternehmen Anteile an Staatsunternehmen kaufen, diese pachten oder völlig übernehmen. (XNA, 22.7.97)

Neben den Privatunternehmen spielen die Unternehmen mit ausländischem Kapital eine wichtige Rolle für die Umstrukturierung der Shanghaier Wirtschaft. Die Anzahl dieser Unternehmen ist inzwischen nach Angaben des Statistikamtes in Shanghai auf 4.020 gestiegen. Bis Ende Juni wurden 16.420 Unternehmen mit Auslandskapital genehmigt.

Im letzten Jahr trugen die Unternehmen mit 170 Mrd. Yuan bzw. mit 34,4% zum Industrieoutput der Stadt bei; Steuern und Gewinne beliefen sich auf 16,9 Mrd. Yuan. Insgesamt beschäftigten die Unternehmen mit Auslandskapital 588.000 Arbeitskräfte. Der Hauptteil dieser Unternehmen ist in den Bereichen Textilien, Elektronik, Telekommunikation, Nahrungsmittel und Chemie zu finden. (XNA, 27.7.97) -schü-

ten Martin Lee zu lauschen, noch der in Hongkong verbliebenen Dissidenten.

Nicht einmal Taiwan hat ein Haar in der Suppe finden können, ja die Rückgabe Hongkongs sogar als „Ende der Schmach“ gefeiert. In der Übergabenacht zum 1. Juli gab es in Taipei sogar eine Pro-Peking-Demonstration, nämlich des „Bündnisses für Wiedervereinigung“, das allerdings ein Einzelfall blieb, während zur gleichen Zeit zahlreiche Gegendemonstrationen stattfanden.

Gleichwohl haben sich hinter den Kulissen bereits zahlreiche kleinere Reibungen ergeben, die vor allem rechtliche Fragen aufwerfen:

- *Ist das Provisorische Parlament rechtmäßig?*

Als brisantestes Signal tauchte eine Klage gegen die Rechtmäßigkeit des im Dezember 1996 auf Betreiben Beijings eingesetzten Provisorischen Parlaments (PP) auf. Zwar wurde diese Klage am 29.7. abgewiesen und damit das PP für rechtmäßig erklärt. Wäre das Urteil freilich anders ausgefallen, hätte eine tiefe Verfassungskrise gedroht.

Auslöser für Zweifel an der Rechtmäßigkeit des PP waren neue Erlasse des Provisorischen Parlaments, das u.a. die Einwanderungsbestimmungen geändert hatte. Gerade anlässlich der Übergabe der Stadt hatten zahlreiche Chinesen vom Festland Zuflucht in der einstigen Kronkolonie gesucht. Das PP erließ jedoch ein Gesetz, das besagte, die betreffenden Personen könnten ihr verfassungsgemäßes Aufenthaltsrecht nur dann in Anspruch nehmen, wenn sie zuvor eine Genehmigung der chinesischen Behörden erhalten hätten.

Die Abgeordneten begründeten diesen Schritt damit, daß sie Hongkong vor einer Flut von Einwanderern und vor dem Zusammenbruch seiner Infrastruktur schützen müßten, zumal weitere 66.000 Kinder Hongkonger Väter jenseits der chinesischen Grenze noch auf ihre Zuwanderung nach Hongkong warteten. Hinzu kämen Zehntausende von chinesischen Frauen, die zu ihren Hongkonger Ehemännern oder Verlobten ziehen wollten. Insgesamt habe es die 6,4 Mio.-Metropole mit rund 130.000 potentiellen Einwanderern zu tun.

Auch die USA wiesen übrigens darauf hin, daß sie keine Gesetze anerkennen wollten, die vom PP erlassen würden. (SCMP, 11.7.97.)

- *Wie ist gegen Delikte der VBA zu verfahren?*

Eine weitere Grundsatzfrage tauchte im Zusammenhang mit einem Verkehrsunfall auf, der sich am 21. Juli in Hongkong ereignet hatte und an dem ein Fahrzeug beteiligt war, das sich im nachhinein als Garnisonsfahrzeug der VBA herausstellte.

Nach dem Garnisonsgesetz soll den lokalen Hongkonger Gerichten keine Jurisdiktion über Fälle zustehen, in die VBA-Truppen bei Ausübung ihres Dienstes verwickelt sind. Klagen können hier nur vor dem Obersten Volksgericht in Beijing eingereicht werden. (SCMP, 23.7.97.)

Die Hongkonger Bevölkerung hat sich immer schon höchst ungehalten über die Gewährung von Sonderrechten geäußert. Gerade in einer „Kronkolonie“ pflegte man hier besonders empfindlich zu sein. Möglicherweise entwickeln sich hier gegenüber der VBA neue Idiosynkrasien.

Die Frage wird sich so schnell nicht verdrängen lassen, wie die Polizei künftig mit VBA-Angehörigen verfahren soll, die sich nicht an die Gesetze halten. (SCMP, 7.7.97.) Bisher gibt es hierfür nur truppeninterne Regeln, auf die sich die Hongkonger Polizei jedoch nicht berufen kann!

- *Privilegien für volksrepublikanische Medien?*

Weiteren Ärger gab es angesichts einer Vorzugsbehandlung des Zentralchinesischen Fernsehens anlässlich einer Besprechung zwischen Gouverneur Tung Chee-hwa und dem VBA-Garnisonskommandanten, Generalmajor Liu Zhenwu, am 7.7.97.

Nachdem das lokale Fernsehen und die lokale Presse gegen die Benachteiligung beim Zugang zu der Konferenz energisch protestiert hatten, gab Dong Jianhua über einen Sprecher bekannt, daß sich ein solcher Vorfall in Zukunft nicht wiederhole. (SCMP, 8.7.97.) Am 23. Juli verkündete das Garnisonskommando, daß eine eigene Pressestelle eingerichtet werde, die den Kontakt mit der Öffentlichkeit pflegen solle (*Wenweipo* in SWB, 26.7.97) - offensichtlich war dies eine Reaktion auf die wenige Tage vorher geäußerte Kritik der Hongkonger Presse.

- *Diplomatische Privilegien für VR-Repräsentanten?*

Im „rechtsleeren“ Raum spielte sich nach Auffassung vieler Hongkonger auch der Bau der Filiale des chinesischen Außenministeriums in Hong-

SVR Hongkong

25 Die ersten heiklen Rechtsfragen tauchen auf

Wie von der VR China seit langem versprochen, hat sich in Hongkong nach der Übergabe von Anfang Juli wenig geändert: Die Pferderennen gehen weiter, Stabilität wird wie eh und je als kostbarstes Gut gehütet und nicht eine einzige VBA-Patrouille ist auf den Straßen zu sehen. Die neue Militärbesatzung, die an die Stelle der alten Gurkha-Battalione der Britischen Armee getreten sind, verbleiben in den ihnen überlassen Kasernen. Die Gouverneursresidenz steht leer und wartet noch auf Entscheidungen über die künftige Weiterverwendung. Straßen- und Gebäudenamen sind noch dieselben wie vor der Übergabe. Die Fernsehnachrichten werden von den gleichen Moderatoren präsentiert und auch beim lokalen Rundfunk hat es keine Umbesetzungen gegeben.

Auch hat nirgends bisher eine Verfolgung politischer Gegner stattgefunden, und zwar weder der Demonstranten, die sich am 1. Juli vor dem Zentralgericht versammelt hatten, um einer Rede des Oppositionsabgeordnete-